



## Eignung, Befähigung, fachliche Leistung und Gnade

Von Marko Grosa, Landesvorsitzender Thüringen

**Das sind die Kriterien, nach denen jeder Deutsche das Recht auf Zugang zu jedem Amt hat. So will es jedenfalls unser Grundgesetz und was es für so manch einem Polizeibeamten, der den Aufstieg anstrebt, zusätzlich bedarf, ist die Gnade seines Vorgesetzten.**

Eignung – Da passieren schon seltsame Dinge. So kommt es vor, dass das Auswahlverfahren mit einem hervorragenden Platz bestanden wurde, bevor der Vorgesetzte mit dem Vermerk der Nichteignung für den Aufstieg herausrückt. Wohl dem, der dann in der GdP ist und dies auf dem kleinen Dienstweg hinterfragen lassen kann. Da konnten wir mal wieder richtig jemandem helfen.

Aber die Problematik, dass in manchen Einheiten zu viele gleichzeitig zum Studium wollen, bleibt deshalb weiter schwer zu beherrschen. Zweifelsohne sind dann auch die abgezählten Eignungsvermerke schwierig zu verteilen, wenn man sich als reifender junger Mensch der scheinbar nicht endenden Verweildauer in der Erstverwendung nur durch einen Laufbahnwechsel entziehen kann. Dies kann erst durch eine Stabilität in den Einstellungszahlen und durch einen daraus folgenden Personalaustausch abschließend geheilt werden. Insofern wird man auch noch fortgesetzt zu solchen Hilfskriterien greifen und wir müssen weiter darüber wachen, dass das ungeschriebene Polizeikriterium der Gnade des Vorgesetzten bei Personalentscheidungen kein zu großes Gewicht erhält.

Im Ergebnis einer meiner letzten Kommentare zum Thema „Arbeitszeitausgleich im Dienststock“ sind im GdP-Landesbezirk noch eine Vielzahl von Schreiben über vergleichbare Sachverhalte mit vielen Beispielen eingegangen. Über die Thematik des Artikels hinaus war auch ein Frust über ständig defekte Dienstfahrzeuge, oft fehlende Ausstattung an Funkgeräten und dienstlichen Handys, gänzlich fehlende Navigationsgeräte für das Finden der bundesweiten Einsatzorte und über den katastrophalen Zustand der Unterkünfte unserer Einsatzbeamten zu spüren. Hierzu war nicht nur von alten undichten Fenstern, er-

bärmlichen Duschräumen und ständig defekten Heizungen, sondern sogar von Ratten in den Zimmern die Rede. Gewiss kann man auf diese Zustände auch nicht oft genug aufmerksam machen, gerade wenn die lang ersehnten Baumaßnahmen zugunsten der Bereitschaftspolizei immer wieder in Frage stehen! Doch so anschaulich die Beispiele und heimatlichen Entbehrungen bei mehrtägigen Einsätzen anderenorts auch sind, so kompliziert gestaltet sich auch die zumindest teilweise Anerkennung der Ruhezeiten in diversen Hotelzimmern, sozusagen ersatzweise im Arm seines Arbeitskollegen. Doch werden meiner Meinung nach auch die Verwaltungsgerichte niemals die Zeit der Nachtruhe zur vollständigen Dienstzeit erklären. Deshalb reden wir gewiss nur von einer teilweisen Vergütung dieser Zeiten, um die es sich jedoch zu streiten lohnt. Da es für eine solche Vergütung in Thüringen gegenwärtig noch keine Rechtsgrundlage gibt, müssen wir zumindest in einigen Fällen genauso auf richterliche Entscheidungen warten, wie die, die im Innenministerium für die Vergütung unterschreiben sollen. In der GdP hat man schon andere Vorstellung über eine freie Zeit, als die Freizeit, in der man zum Aufpassen auf seine Waffe, den Schlagstock, das RSG und anderer Einsatzmittel verdonnert wird. Würde man an der Stelle nur ein paar Polizeibeamtinnen und Beamten zur Bewachung dieser Dinge in einem geeigneten Raum abstellen, so könnte man ja den anderen tatsächlich die Chance auf ein Eis in der Fußgängerzone oder einen Diskobesuch unterstellen. Anders wäre es, wenn man gar nicht will, dass sich die Beamten von einem bestimmten Ort entfernen, aber dann wäre es wieder eine angeordnete Bereitschaft und die müsste dann auch irgendwie wieder vergütet werden, womit wir wie-

der beim Thema wären. Dennoch gilt es an dieser Stelle einmal festzustellen, dass sich die vorhandenen Restprobleme des Arbeitszeitrechtes auf immer weniger und immer wieder gleich lautende Angelegenheiten konzentrieren. Dies ist aber zugleich ein Beleg dafür, dass man in den zurückliegenden 20 Monaten in dem zuständigen Referat 43 unseres Ministeriums mehr geheilt und geregelt hat, als in den 20 Jahren zuvor. Trotz einiger immer noch offener Fragen darf sich die GdP dafür an dieser Stelle auch einmal herzlich bedanken! Wenn dies sonst keiner tut, dann sollte es zumindest die GdP mal sagen, auch wenn ihre eigenen Funktionäre selbst nie Dank erfahren.

In dieser Gewissheit haben jetzt auch mal die GdP-Spitzen zusammengesessen und aufgelistet, was sich in der GdP alles verändert hat. Heute können wir zwar nicht mehr solche Gehaltssprünge fordern und erzielen, wie zu den Zeiten, wo wir noch 60% des Westniveaus hatten und auch nicht jede Forderung greift so schnell, wie wir es uns selber wünschen und leider berichten die Medien viel zu wenig von unseren Schwerpunkten (lest dazu auch meine Antwort zu einem Leserbrief). Dennoch können wir auf viel positives schauen. So ist uns seit meiner 24-monatigen Zuständigkeit eine Ver-

*Fortsetzung auf Seite 2*



Lasst uns darauf anstoßen! (J. Schwarz, M. Grosa, W. Gäbler)

Foto: Pape



Fortsetzung von Seite 1

besserung der Öffentlichkeitsarbeit nach innen und außen und im Internetauftritt bescheinigt und daneben zugeschrieben worden, dass der Inhalt und die Aufmachung zu einer größeren Nachfrage unserer Gewerkschaftszeitung führte. Ich selbst fand die geöffnete Nutzung von Synergien in den mitteldeutschen Landesbezirken und die gemeinsame Bildungskoope-ration mit bereits stattfindenden Seminaren auch erwähnenswert und auf Bundesebene wurde dem Landesbezirk Thüringen eine deutlich höhere Wahrnehmung, Einbringung und Wirkung im Bundesvorstand bescheinigt. Mein Dank gilt besonders der zuvor so nicht dagewesenen Unterstützung aus Sachsen, ohne die wir das neue Sozialwerk Sachsen-Thüringen mit stetig anwachsenden Leistungen für unsere Mitglieder auch nicht hätten gründen können. Stolz kann man im Ergebnis der GLBV-Arbeit auch auf die letzten beiden Jahresabschlüsse und die dazu gehörigen Rücklagen schauen und dies trotzdem wir weitaus mehr Werbemittel finanziert und Werbemaßnahmen durchgeführt haben. Der führende Platz im Mitgliederzuwachs der GdP auf Bundesebene bestätigt die Richtigkeit der Investitionen und Maßnahmen. Und darauf stoße ich mit dem alten und wahrscheinlichen künftigen JUNGE-GRUPPE-Chef gern einmal an!

**Marko Grosa**

## Die Medien interessieren unsere Schwerpunkte kaum

Im zurückliegenden Monat erreichte uns Post, die zwar nicht zu einem Leserbrief in dieser Zeitschrift werden sollte, doch fand die Redaktion die darin enthaltenen Empfindungen über die Schwerpunkte unserer Gewerkschaftsarbeit so interessant, dass wir unseren Lesern die Antwort des Landesvorsitzenden auf diese Zeilen nicht vorenthalten wollten.

Sehr geehrter Herr Kollege, im Namen des geschäftsführenden Landesbezirksvorstandes der Thüringer GdP bedanke ich mich sehr für Deine Zeitschrift. Gern hätten wir Deine Zeilen auch in unserer Gewerkschaftszeitung abgedruckt, denn uns sind solche Meinungen über die Arbeit von uns gewerkschaftlich Verantwortlichen wichtig, über die wir ohne Deine Zeitschrift wahrscheinlich nie etwas erfahren hätten.

Grundsätzlich erwartet der geschäftsführende Landesvorstand zunächst aber erst einmal von den Kreisgruppenverantwortlichen eine Beantwortung der Zeilen aus ihrem Zuständigkeitsbereich. Nur sie können wirklich auf die besondere Situation des einzelnen Gewerkschaftsmitgliedes eingehen oder den Einzelnen bei dem Wissensstand abholen, den sie oder er vor Ort hat oder aber richtigstellen, welche anderen Informationen von der Arbeit des geschäftsführenden Landesvorstandes tatsächlich vorlagen. Als Kreisgruppenfunktionär hätte ich Deinen Brief mit den Anregungen an den Landesvorsitzenden und unseren geschäftsführenden Landesvorstand selbst wie folgt beantwortet:

„Lieber ..., ich kann nachvollziehen, dass Du über die Gewichtung dessen, was die Medien über unsere gewerkschaftliche Arbeit berichten, sehr unzufrieden bist, das geht mir auch oft so. Jedoch hat weder der Landesvorsitzende, noch ein anderer Gewerkschaftsfunktionär unserer GdP wirklich Einfluss darauf, was Medien in welchem Umfang und wie oft berichten. So gibt es zu jedem der von Dir aufgeworfenen Fragen mehrere Mitteilungen an die Fernseh-, Rundfunk- und Printmedien Mitteldeutschlands, aber die Entscheidung, was davon gesendet oder gedruckt wird, fällt dort nach ausschließlich kommerziellen Gesichtspunkten. Wir dürfen weder bei einer Redaktionskonferenz teilnehmen, noch haben wir dort ein Mitspracherecht. Oft sind es dann ganz andere Themen und ausgeschnittene einzelne Sätze zu einer scheinbar nebenbei gestellten Frage, die sich in der Außenwir-

kung wiederfinden. Mitunter werden Fragen sogar so formuliert, dass sie nur noch mit ja oder nein zu beantworten waren und nicht selten ist auch der Landesvorsitzende oder ein von ihm für das Interview Beauftragter darüber überrascht, was dann in einer Rundfunkmeldung daraus gemacht wurde. Wenn der Sender einen Satz für besonders geeignet hält, wird er dann auch den ganzen Tag rauf- und runtergesendet oder ohne jedes weitere Zutun der GdP immer mal wieder aufgegriffen.

Von hier können wir Dir jedoch versichern, dass all die aus Deiner Sicht des Wesentlichen als unwesentlich erscheinenden Meldungen für die tatsächlichen Tätigkeitsfelder unserer GdP Thüringen nicht repräsentativ sind. Insofern wäre es nicht nur falsch, dem Landesvorsitzenden oder seinen Vertretern vorzuwerfen, dass man sich um die von Dir angeführten Fragen nicht kümmert, sondern es wäre auch ein Schlag ins Gesicht für die fleißigen Funktionäre unseres Landesbezirkes, die sich Woche für Woche weit über ein normalerweise zu leistendes Wochenarbeitsmaß hinaus in unsere gewerkschaftlichen Aufgaben hineinknien. Den aber haben sie nicht verdient!

Auch der geschäftsführende Landesvorstand findet die von Dir aufgezeigten Themen wichtiger, als das, was die Medien oft für sensationell halten. Beispielsweise hatten wir uns zur Übernahme des Tarifabschlusses bereits Anfang Mai viermal schriftlich an den Finanzminister gewandt und die Forderung auch an die Presse und unsere Rundfunkanstalten gesendet. Wir haben auch darüber nachgedacht, vor dem Finanzministerium noch einmal zu demonstrieren. Doch für solche Aktionen befinden wir uns zugleich schon wieder in der Sorge, wie viele unserer Mitglieder uns dabei unterstützen werden. Denn nur bei einer der drei Aktionen um die Tarifverhandlungen gab es eine mäßige und bei den zwei anderen eine schlechte oder besser gesagt, gar keine Beteiligung. Es ist dann schwer, den bekundeten Willen der Mitglieder zu verkaufen, wenn die Mitglieder nicht mitmachen!

Wir selbst berichten von den anderen Themen und von all unseren Schwerpunkten. Es gibt nur wenige Gespräche, von denen wir nicht berichten oder nicht berichten dürfen. Dies belegen nicht nur die Artikel in unserer Gewerkschaftszeitung oder auf unseren Internetseiten, sondern auch die stetig herausgebrachten Informationsblätter, von denen im April 2011 bereits über 20 an un-



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe: **Landesbezirk Thüringen**

**Geschäftsstelle:**  
Juri-Gagarin-Ring 153  
99084 Erfurt  
Telefon: (03 61) 59 89 50  
Telefax: (03 61) 5 98 95 11

**Redaktion:**  
Edgar Große (Vi.S.d.P.)  
PD Jena  
Am Anger 30  
Telefon: (0 36 41) 81-15 88  
Telefax: (0 36 41) 81-15 94

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Forststraße 3 a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32  
vom 1. April 2009

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2828



## LANDESVORSTAND

seren Informationswänden und Plattformen zu finden waren“.

Voraussetzung ist natürlich, sie waren auch zu finden! Auch darauf hat die Handvoll GdP-Landesfunktionäre wiederum keinen Einfluss, wie die gewählten Kreisgruppenverantwortlichen unsere Informationen weiterverteilen oder mit ihren Mitgliedern kommunizieren. Nach den Aufgaben und Kommunikationsbeziehungen, die uns im Landesbezirk aufgetragen sind, ist bei den Vorstandsmitgliedern in der Tat für persönliche Gespräche mit dem einzelnen Kreisgruppenmitglied wenig Raum und ohne so einen Leserbrief würden wir nicht einmal merken, dass es vor Ort Informationsdefizite gibt.

In der GdP-Landesführung merken wir nur, dass das Niveau in der Kreisgruppenarbeit und den Kommunikationsgeflechten vor Ort sehr unterschiedlich ist. Wir erkennen auch, dass sich einige Kreisgruppenvorsitzende oder -funktionäre nicht einmal die Zeit für die Beantwortung eines solchen Briefes nehmen, sondern so ankommende Zeilen unkommentiert der Redaktion zu-leiten oder wie in diesem Fall geschehen, sogar per Landesverteiler an alle Kreisgruppen versenden. Diese Verfahrensweise stößt nicht unbedingt auf Bewunderung, sondern hebt eher die Frage, ob mit der Kritik an andere von eigenen Defiziten abgelenkt werden soll oder gar andere Ziele verfolgt werden? Es macht uns auch Sorgen, dass immer mal wieder vorkommende Austrittserklärungen vor Ort ohne jeden notierten Versuch der Rückgewinnung des Mitgliedes einfach weitergeleitet werden. Doch zum Glück sind die von Dir aufgezeigten Szenarien des in Scharen davon Laufens bislang ausgeblieben und bestätigen nicht den derzeitigen Trend des immer noch stetig ansteigenden Mitgliederzuwachses in unserer GdP.

Wichtig für die Stärke der GdP ist das Bewusstsein des einzelnen GdP-Mitgliedes, dass die GdP nicht nur durch zwei bis vier Leute funktioniert, auf die man dann mit nackten Fingern zeigen darf, wenn etwas nicht so schnell geklärt werden kann, wie man es selbst gern hätte. Unsere Stärke macht die Gemeinschaft aus und die GdP lebt davon, dass alle mitmachen und ihren Beitrag einbringen.

Wir haben auf jeden Fall nicht nur mehrere Antworten auf die von Dir aufgeworfenen Fragen gegeben, sondern bleiben an den Themen auch dran. Das versprechen wir vom GLBV Dir und hoffen, Dich nicht als GdP-Mitglied zu verlieren! Gern stehen wir Dir auch für weitere Anfragen oder Anregungen zur Verfügung, solange wir davon ausgehen können, dass Du nicht von anderen auf ein Pferd gesetzt wirst, die

sich selbst vor einer so offenen und ehrlichen Meinung scheuen, wie Du sie geäußert hast. Über die Form der Publikation sollte man sich im Einzelfall verständigen.

*Mit lieben Grüßen aus dem geschäftsführenden Landesvorstand,  
Marko Grosa!*

## FORUM – LESERMEINUNG

### Fachausschuss Verkehr DP 3/4 2011

**Zur Meinungsäußerung des PD Röder hinsichtlich der Stellungnahme des Fachausschusses Verkehr der GdP (Ausgaben DP März/April 2011) möchte ich nachfolgende Hinweise zu einigen – inzwischen historisch – einzuordnende Zusammenhänge geben:**

1996 bis Frühjahr 1997 führte die Polizeidirektion Saalfeld im Auftrag des Thüringer Innenministeriums ein „Pilotprojekt zur Änderung der Organisation der Verkehrspolizei im Schutzbereich der Polizeidirektion (PD) Saalfeld“ durch.

Dieses Pilotprojekt sollte im Endergebnis zur Überprüfung dienen, ob diese Neuorganisation der verkehrspolizeilichen Strukturen auf die gesamte Thüringer Landespolizei übertragen werden kann.

Innerhalb des Pilotprojektes wurde der Standpunkt erarbeitet und erprobt, wonach Aufgaben im Bereich der allgemeinen Verkehrsüberwachung und der Verkehrsunfallaufnahme durch den Einsatz von eigens geschulten Spezialbeamten nur noch in Ausnahmefällen erforderlich wäre und es der speziellen Autobahnpolizeibeamten nicht mehr bedürfe.

In einem Abschlussbericht der PD Saalfeld wurde im Frühjahr 1997 die Erprobung dieser neuen Strukturen als bewährt dargestellt und eine Übernahme für ganz Thüringen vorgeschlagen.

Wir haben das nicht so ohne Weiteres hingenommen und sind aktiv geworden.

In der Folge eines umfangreichen demokratischen Prozesses unter Beachtung der mehrheitlichen Informationen aus der Basis wurde für die Kreisgruppe Saalfeld der GdP und für den ÖPR der PD Saalfeld eine „Abschließende Äußerung des Personalrates der PD Saalfeld und der GdP, Kreisgruppe Saalfeld“ erarbeitet. Dem Abschlussbericht der PD wurde in der ab-

schließenden Äußerung des ÖPR/der GdP in den wesentlichen Teilen nicht gefolgt.

Es wurde alternativ vorgeschlagen, die bisherige APS als relativ selbständige Gruppe an die Polizeiinspektion (PI) Schleiz, als der Flächeninspektion mit dem größten Autobahnanteil (des Kreises), anzubinden. Abschließend wurde durch den ÖPR und die GdP festgestellt, dass die im Pilotprojekt erprobte Struktur nicht auf andere Dienststellen übertragbar sei.

Das gewerkschaftliche Arbeitspapier wurde im gleichen Jahr zum Arbeitsdokument der Landesstrukturen der GdP, einschließlich des Fachausschusses Verkehr.

Der Autor des Papiers wurde zur Mitarbeit in den Fachausschuss Verkehr gebeten. Im Endergebnis wurde weitgehendes Einvernehmen zwischen der GdP und dem TIM hinsichtlich der bis heute bestehenden verkehrspolizeilichen Strukturen erzielt. Innerhalb der VPI wurden Dienstgruppen Autobahnpolizei geschaffen. Während im Landesmaßstab der „Wahnsinn“ einer Auflösung der Autobahnpolizei verhindert werden konnte, setzten sich die „Bruchpiloten“ der PD Saalfeld innerhalb ihrer Dienststelle mit ihrem Auslaufmodell durch. Die zeitweilige Herabstufung der VPI Saalfeld zum „Verkehrszug“ wurde später wieder zurückgenommen. Aufgrund des Fehlens von Einsatzkräften/Dienstgruppe Autobahnpolizei blieb es jedoch bei einer „Miniversion“. Bleibt zuletzt noch zu bemerken, dass durch Vertreter der unterschiedlichen Landstrukturen der GdP umfangreich vor Vertretern der Kommunen, der Parteien und des Landtages unser Thema „rüber“ gebracht wurde.

Für die Vertreter der Kreisgruppe Saalfeld waren das übrigens auch bewährte Arbeitsmethoden zur Umstrukturierung der Polizei in den Jahren 2002/2003 sowie zu Optopol. Nur so konnten wir unsere Versprechungen zum Erhalt der Dienststellen einhalten. Das war sozusagen der erfolgreiche Saalfelder Weg. Unserem Vertreter in der entsprechenden Arbeitsgruppe im vergangenen Jahr hätten wir schon sehr gerne unsere Meinung mit auf den Weg gegeben. Doch war dieser leider zu lange zum Schweigen verpflichtet.

#### Anmerkung der Redaktion:

Die „Abschließende Äußerung des Personalrates der PD Saalfeld und der GdP, Kreisgruppe Saalfeld, zum Abschlussbericht über die Durchführung eines Pilotprojektes zur Änderung der Organisation der Verkehrspolizei im Schutzbereich der Polizeidirektion Saalfeld“ liegt uns vor und kann bei Interesse über die Geschäftsstelle der GdP angefordert werden.

*Gerhard Mörke*



# Landesfrauengruppe tagte in Lützensömmern

Von Katrin Dallmann – stellvertretende Vorsitzende Landesfrauengruppe

**Am 27. August 1910 beschloss die II. Internationale Sozialistische Frauenkonferenz, an der mehr als 100 Delegierte aus 17 Ländern teilnahmen, auf Initiative der deutschen Sozialistin Clara Zetkin die Einführung eines jährlichen Internationalen Frauentages.**

Der Internationale Frauentag hat eine lange Tradition. Er geht auf die Arbeiterinnenbewegung von Mitte des 19. bis zum 20. Jahrhundert zurück. Erste entscheidende Momente waren Demonstrationen und Streiks von Textilarbeiterinnen in den USA seit 1858.

Dass Frauen auf die Straße gehen und für Menschenrechte und Gleichberechtigung eintreten, ist noch gar nicht so alt. Am 8. März 2011 jährte sich zum 100. Mal der Internationale Frauentag. Ein wichtiges Datum, denn auch in unseren Breitengraden ist die Gleichberechtigung gerade mal seit ein paar Jahrzehnten etabliert. Hier sprechen wir dann meistens von der Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder Karriere, oder wir diskutieren die Forderung nach gleichen Löhnen für gleiche Arbeit.

100 Jahre Internationaler Frauentag, das war für uns als Landesfrauengruppe ein würdiger Anlass für ein Tagungswochenende.

Wir trafen uns am 11. und 12. März 2011 auf dem Rittergut in Lützensömmern.

Im Rittergut Lützensömmern klirren keine mittelalterlichen Rüstungen mehr. Das Rittergut bei Bad Tennstedt ist ein Tagungshaus für Jung und Alt.

Es hat genau die Vorzüge, welche ein Haus benötigt! Viel Freiraum, verschiedene Unterkunftsmöglichkeiten, ausreichend Seminar-

räume, flexibler Service, Gruppenversorgung, Kinderbetreuung und auch barrierefreie Unterkünfte zu bezahlbaren Preisen!

Optimal für alle möglichen Veranstaltungen, da es sich um ein abgeschlossenes Gelände handelt und das Personal

auf die individuellen Wünsche eingeht! Das Rittergut besitzt vier schöne alte Häuser und einen geräumig angelegten Park. Genau hier hat sich die Landesfrauengruppe für zwei Tage eingemietet.

Wir bezogen die Zimmer im Herrenhaus. Hier wurden wir auch vollverpflegt. Zum Abendessen hatten wir einen separaten Raum, ähnlich einem Wintergarten, allerdings war es zu dunkel, um die Aussicht zu genießen. Das Angenehme war, wir konnten einfach bei Wein und Bier sitzenbleiben, Gespräche führen und Musik hören. Unser Seminarraum hatte den Namen „Zum Henker“, wir mussten jedoch keinen Moment um unser Leben fürchten. Wir wollten nicht nur von der Vereinbarkeit von Beruf und Familie reden, sondern auch einen Schritt in die richtige Richtung tun und haben die Kinderbetreuung gleich mitorganisiert. Hier gilt unser besonderer Dank unserer Kollegin Doris Jahn, die sich um die vier kleinen Mädels hervorragend gekümmert hat.

Der erste Veranstaltungstag begann mit einleitenden Worten der Vorsitzenden der Landesfrauengruppe Chris Mihr und des Landesvorsitzenden Marko Grosa zu tarif-, gewerkschafts- und frauenpolitischen Themen. Erster Redner zum Thema Opferschutz war Reiner Stranz von der Polizeidirektion Nordhausen, der anhand der Zahlen der Polizeidirektion (PD) Nordhausen insbesondere auf Probleme der Opferbetreuung hinwies. Er berichtete über die Zusammenarbeit mit bestehenden Netzwerken, der Interventionsstelle für häusliche Gewalt Nordhausen und dem Weißen Ring. Er warb bei der Landesfrauengruppe um Unterstützung bei der Einrichtung von Kindervernehmungszimmern in jedem Polizeidirektionsbereich, analog der PD Saalfeld.

Weitere Themen der Tagung waren Burn-out und Stressbewältigung mit den Referentinnen Frau Karin Wachter (selbstständige Psychotherapeutin und Heilpraktikerin in Erfurt) und Frau Birgit Wienck vom Polizeiarztlichen Dienst der Bereitschaftspolizei (BP) Thüringen sowie Dissoziative Identitätsstörung (DIS) mit der Referentin Eva-Maria Lorenz-Ludwig (Diplompsychologin und Heilpraktikerin in Erfurt). Zu den The-



Dank Doris Jahn hatten auch die Kinder ihren Spaß.



## FRAUENGRUPPE

men Burn-out und Dissoziative Identitätsstörung erfolgen separate Artikel.

**„Wenn am Anfang eine Idee nicht absurd klingt, dann gibt es für sie keine Hoffnung“**

*Albert Einstein*

Hauptschwerpunkt des zweiten Tages war die Herausarbeitung von Maßnahmen und Aufträgen an den Vorstand der Landesfrauengruppe zum Aufbau eines Netzwerkes/Arbeitskreises für Opfer ritueller Gewalt. Im Ergebnis des gestellten Auftrages hat es bereits am 31. März 2011 ein erstes Sondierungsgespräch zum Thema „Dissoziative Identitätsstörung (DIS)“ – Aufbau eines Arbeitskreises – mit Fachleuten der Thüringer Polizei gegeben. Schon dieses erste Gespräch zeigte, dass großes Interesse an der Problematik und der möglichen Lösung besteht.

An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an den Leiter der PD Nordhausen, Uwe Köppen, und den Leiter der BP Thüringen, Kurt Schroth, für ihre Unterstützung der Tagung. Weiterer Dank gilt Herrn Reiner Stranz, der kurz-

fristig als Referent eingesprungen ist und Frau Birgit Wienck sowie den externen Referentinnen Frau Eva-Maria Lorenz-Ludwig und Frau Karin Wachter. Ein besonderer Dank geht auch im Namen der teilnehmenden Kinder an Frau

Doris Jahn. Darüber hinaus möchten wir uns bei all den PD-Leitern bedanken, die durch die Entsendung der Teilnehmerinnen die Veranstaltung erst ermöglichten.



Ein erfolgreiches Seminar

Fotos: Rothe

## SENIORENGRUPPE

# Aus der Arbeit der Landessenioren

**Am 11. April 2011 traf sich der erweiterte Landesvorstand der Senioren zu seiner turnusmäßigen Beratung.**

**Der Landesvorsitzende Marko Grosa konnte insgesamt von positiven Ergebnissen in der gewerkschaftlichen Arbeit des Landes Thüringen berichten.**

Er verwies u. a. auf den erreichten Tarifabschluss, bemängelte jedoch, dass dieser entsprechend der Forderung des GdP-Landesvorstandes noch immer nicht für die Beamten zeit- und inhaltsgleich übernommen wurde. Der Landesvorsitzende machte aber auch deutlich, dass die Arbeit im Landesvorstand bei weitem nicht befriedigt, was sich insbesondere in den unsachlichen Auseinandersetzungen und Angriffen gegen seine Person zeigt.

Dieter Johannes, Landesseniorenvorsitzender, informierte über einige, die Se-

niorenarbeit betreffenden, personellen Veränderungen im Bundesvorstand.

Auch die Zusammenarbeit im DGB bezüglich der Seniorenarbeit wurde beleuchtet. Wenn in Thüringen insgesamt auf positive Ergebnisse verwiesen werden kann, gibt es in einigen Ländern noch enormen Nachholbedarf. In diesem Zusammenhang kamen die Vertreter zu der Feststellung, dass die sozialen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Seniorenarbeit in den neuen Bundesländern aus historischer Sicht einen besseren Nährboden haben, was sich nicht zuletzt in einem prozentual höheren Anteil der Senioren an der Gesamtmitgliederszahl zeigt.

Dass die Senioren in Thüringen einen aktiven Anteil am Gewerkschaftsleben haben, zeigen nicht nur die zugenommenen Aktivitäten in den Untergliederun-

gen der Seniorengruppe, sondern auch die Ergebnisse in der Zusammenarbeit mit der Jungen Gruppe. So kann auf eine Mitgliedererwerbungsrate von 97,4% bei den 2010 neu eingestellten Kolleginnen und Kollegen verwiesen werden, während der Bundesdurchschnitt bei 57,5% liegt.

Im Weiteren wurde ein Erfahrungsaustausch mit der Seniorengruppe Saarland vorbereitet, der für Juni 2011 in Erfurt geplant ist.

In Planung ist auch die 7. Landesseniorenkonferenz des GdP-Landesbezirkes Thüringen am 5. Dezember 2011 in Erfurt, zu dem, bezogen auf den aktuellen Seniorenbestand, 57 Delegierte erwartet werden. Anträge aus den Kreisgruppen an die Landesseniorenkonferenz sind bis zum 30. September 2011 beim Landeseniorenvorstand einzureichen.

(SW)



## Einladung vom Finanzministerium zum „DUZ-Gespräch“

**Erfurt (MG).** Die meisten von euch erinnern sich gewiss noch an unsere Postkartenaktion über die Forderung nach 5 EURO DUZ und das formulierte Ziel einer Steigerung der Attraktivität des Schichtdienstes. In einer vierstelligen Zahl sind die Karten beim Finanzministerium eingegangen und Woche für Woche haben wir auf eine Reaktion des Hauses gewartet.

Die einzige Regung im Finanzministerium blieb lange Zeit die Frage danach, ob es denn gewollt sei, dass jede Postkarte einzeln ankäme oder ob man die nicht gesammelt abgeben könne. Ein bisschen war der Glaube daran sogar schon verloren, dass noch einmal eine Reaktion folgt. Offenkundig hatte man sich im Finanzministerium mit dieser Aktion aber doch mehr Gedanken gemacht als zunächst geglaubt und die Postkarten nicht einfach entsorgt. An einem der ersten

haben, die jedoch vor den GdP-Forderungen keine Beachtung fanden. Sie liegen aber bestimmt noch irgendwo, denn sonst hätte ich mir die terminlich sportliche Zusage nicht erklären können, seitens des TIM schon Ende Mai etwas vorlegen zu wollen. Einige von euch werden in diesem Artikel vielleicht schon nach Zahlen suchen, aber vergebens. Am Anfang war das Feuer und bei dieser Auftaktveranstaltung waren erst einmal so banale Dinge zu klären, wie die rechtli-

cher Höhe oder ob ihnen überhaupt eine Wechselschichtzulage zusteht. Die Definition und Entscheidungshoheit lässt in der Tat eine Menge Ungerechtigkeiten zu und ein Dienstplan mit sehr unregelmäßigem Dienst bedeutet noch lange nicht für jeden Polizeibeamten der Thüringer Polizei einen gleichen Anspruch auf eine Wechselschichtzulage. Das muss sich ändern!

Ich war überrascht von der ziemlich schnell erhaltenen Zusage des Finanzministeriums, dass man sich gern einbringen möchte, um den Schichtdienst in der Polizei attraktiver zu machen, die DUZ-Zahlung zu vereinfachen und die zu schwammigen Kriterien aus der Wechselschichtzulage herauszufiltern. Allerdings stand den Ausführungen der Finanzer eine klare Botschaft voran. Für das Gesamtpaket aus Wechselschichtzulage und DUZ wird es bei der derzeitigen Finanzlage nicht mehr Geld geben. Wir können im Rahmen der gleich bleibenden Finanzen allenfalls daran arbeiten, es einfacher und gerechter zu gestalten. Eine deutliche Zuschlagserhöhung für die sich verringere Zahl an Polizeibeamten sei erst nach dem umgesetzten Stellenabbaupfad diskutabel.

Sehr geehrte Herren vom Finanzministerium, die Sie hoffentlich auch diesen Artikel lesen werden, sehen Sie mir bitte nach, wenn ich Sie nicht exakt oder nicht wörtlich wiedergegeben habe, aber für mich klang es ein wenig nach der Aussage: „Wer das eine will, muss das andere mögen!“

Doch zum Glück müssen wir uns nicht für eins entscheiden und werden deshalb weiter ein Mehr im Portemonnaie unserer Kolleginnen und Kollegen fordern und gegen den bisher geplanten Stellenabbau in der Thüringer Polizei kämpfen. Auch wenn das Gewicht der Geldbörsen unserer Schichtdienstler nicht merklich schwerer werden soll, kann die Lösung einer Steigerung der Attraktivität des Wach- und Wechseldienst doch nicht allein darin bestehen, die Beamten mit über 20 Jahren Schichtdienst aus der Verlängerung der Lebensarbeitszeit herauszunehmen. Wird man damit den heute oft viel zu früh einsetzenden Bemühungen um eine andere Verwendung und der Suche nach einem schnellen Ende mit dem Knochenjob auf der Straße tatsächlich wirksam begegnen können?



Gesprächsrunde im Finanzministerium zum Thema DUZ.

Foto: Presse TFM

sonnigen Frühjahrstage 2011 sollte die Zeit für ein Gespräch nun endlich reif sein. Als Landesvorsitzender folgte ich der Einladung der im Finanzressort für unsere Forderungen Verantwortlichen. An dieser „DUZ-Neuordnungseröffnungsveranstaltung“, wie ich sie an der Stelle einmal nennen möchte, nahmen neben Herrn Machts, Herrn Pilch und Herrn Zahn vom Finanzministerium auch Herr Lierhammer und Herr Kaiser aus dem Referat 43 des TIM teil.

Die eigene ministerielle Arbeitsebene schien in besonderer Weise an unseren Antworten interessiert zu sein, doch war recht schnell zu erkennen, dass die GdP-Meinung mit der innenministeriellen Auffassung zumindest hinsichtlich unserer Forderungen nach Vereinfachung, mehr Klarheit und einer Attraktivitätssteigerung des Wach- und Wechseldienstes nicht weit auseinanderliegen. Es soll sogar schon Vorschläge des TIM gegeben

che Einordnung unserer Postkartenaktion. Die Frage nach der Erwartung eines Bescheides an jeden, der so seinen Willen bekundet hatte, konnte ich zur Erleichterung des Teilnehmerkreises mit unserem eigentlichen Schwerpunkt in der Aktion erhellen. Schließlich geht es nicht darum, das Finanzministerium in Arbeit zu ersticken, sondern eine konstruktive Lösung in der Sache zu finden.

In diesem Zusammenhang ging es natürlich auch um die Wechselschichtzulage, deren Abschaffung zugunsten von einem Plus an „DUZ“ auch innerhalb der GdP nicht unumstritten ist. Gegen eine Abschaffung der Wechselschichtzulage sprechen sich vor allem die aus, die sie regelmäßig und im vollen Umfang bekommen. Mindestens kritisch sind jedoch unsere Gewerkschaftsmitglieder aus den Organisationseinheiten, deren Leiter nach scheinbar sehr persönlichen Gesichtspunkten darüber befinden, in wel-



SENIORENGRUPPE

# Mit dem Adel verpflichtet

**Am Mittwoch, dem 30. März 2011, trafen sich ein Teil der Senioren der Kreisgruppe Jena auf dem Platz der Demokratie in Weimar, um der Herzogin Anna Amalia Bibliothek einen Besuch abzustatten. Einige von uns wurden das erste Mal im September 2004, als ein verheerender Brand in dem Gebäude ausbrach, mit dem Bestehen dieser Forschungsbibliothek für Literatur- und Kulturschicht konfrontiert.**

Wir erfuhren, dass die Bibliothek im Jahre 1691 von Herzog Wilhelm Ernst in Weimar ins Leben gerufen wurde, als er seine 1400 Bücher der Öffentlichkeit zugänglich machen wollte. Weltberühmt ist ihr drei Stockwerke hoher ovaler Rokokoaal, an dessen Stirnseite ein übergroßes Porträt von Herzog Carl August zu sehen ist.

Benannt wurde die Bibliothek nach der Herzogin Anna Amalia von Weimar Sachsen Eisenach während ihrer Regentschaft.

Goethe war ihr Bibliothekar und er hatte es sich zur Aufgabe gemacht, den Bestand der vielen wertvollen Bücher zu ordnen.

Durch den verheerenden Brand im September 2004 – den meisten von uns noch vom aktiven Dienstgeschehen bekannt – sind 50 000 Werke vollkommen und ca. 62 000 Bände durch das Löschwasser erheblich beschädigt worden. Die hohe Anteilnahme der Bevölkerung im In- und Ausland – in Form von Spenden seitens der Bürger, Firmen und Vereine – machten eine aufwendige und kostenintensive Restaurierung eines nicht geringen Teils der Bücher möglich. Die Res-

taurierung soll bis zum Jahr 2015 abgeschlossen sein.

Es ist beeindruckend, all die von Herzogin Anna Amalia zusammengetragenen Werke in den bis an die Decke reichenden Regalen des Rokokosaales aufgereiht zu sehen. Die größten Schätze wie die Luther-Bibel, die mit 13 000 Bänden größte Faust-Sammlung der Welt oder die bedeutende Shakespeare-Sammlung



Die Herzogin Anna Amalia Bibliothek

Foto: König

mit 10 000 Bänden sind aus Sicherheitsgründen im Tresor und für die Öffentlichkeit unzugänglich aufbewahrt.

Während der Führung durch eine kompetente Mitarbeiterin der Stiftung Weimarer Klassik haben wir auch umfangreiche Eindrücke vom Leben und Schaffen Johann Wolfgang von Goethes erhalten. In unserer heutigen Zeit würden wir von einem echten Workaholic sprechen. Der bedeutendste Dichter und

Schriftsteller aller Zeiten übte Funktionen aus wie Rechtsanwalt; als Beamter der Stadt Weimar war er geheimer Legationsrat, Leiter der Kriegs- und Wegekommision, Geheimrat, Leiter des Weimarer Hoftheaters und nicht zuletzt übte er das Amt eines Staatsministers aus.

Neben antiker Bildhauerkunst und Malerei beschäftigte er sich mit mineralogischen Studien. Im Jahr 1779, im hohen Alter, erhält er gemeinsam mit Christian Gottlob Voigt die Oberaufsicht über die Weimarer Bibliothek und leitete diese 35 Jahre bis zu seinem Tod als Bibliothekar. Während seiner Tätigkeit erreichte der Buchbestand die stattliche Anzahl von 120 000 Exemplaren. Dabei sei nicht vergessen, dass er mehrere große Werke der Literatur und Dichtkunst erfolgreich schuf.

Die Herzogin Anna Amalia pflegte gute Kontakte zu bedeutenden Persönlichkeiten des Schriftstellerlebens wie Schiller, Wieland, Herder, zu denen auch Goethe zum Teil enge Freundschaften pflegte. Ihre Büsten sind ebenfalls im Rokokoaal zu sehen.

Seit 1998 gehört die Herzogin Anna Amalia Bibliothek als Teil des Ensembles „Klassisches Weimar“ zum Weltkulturerbe der UNESCO.

Es war eine interessante Stunde, vollgepackt mit Informationen über einen Geschichtsabschnitt, von dem die meisten von uns nur wenig wussten.

Für unsere kleine Gruppe war es ein schöner Nachmittag, der eine gewisse Neugier auf weitere kulturelle Höhepunkte erzeugte.

Uschi Lämmerzahl

## AUS DEN KREISGRUPPEN

# Glückwünsche zum 80. Geburtstag

Am 26. April 2011 feierte das älteste Mitglied der Kreisgruppe Nordthüringen, Karl-Heinz Kessler, seinen 80. Geburtstag. Die Glückwünsche der Kreisgruppe überbrachten Manfred Wendt und Hugo Senge. Sie wünschten dem Jubilar Gesundheit und das er auch weiterhin aktiv an den Unternehmungen der Kreisgruppe teilnehmen kann. Trotz seines Alters hat er in der Vergangenheit sehr rege an den Veranstaltungen der Senioren teilge-

nommen. In einer gemütlicher Gesprächsrunde konnte in Erfahrung gebracht werden, dass Karl-Heinz Kessler nicht nur zu den Gründungsmitgliedern der GdP Thüringen gehört, sondern durch seinen Eintritt in die Gewerkschaft (FDGB) am 1. Dezember 1945 sicherlich einer der ältesten Gewerkschaftsmitglieder in der GdP Thüringen ist.



Manfred Wendt überbrachte die Glückwünsche.

Foto: Wendt





## Besoldung und Beamtenrecht

### ... Thüringen

Brandaktuell, der Gesetzentwurf der Landesregierung für ein eigenes Thüringer Beamtenversorgungsgesetz. Was eigentlich begrüßenswert erscheint, entpuppt sich im Detail als weitere Kürzung. Für uns Polizeivollzugsbeamten/-beamtinnen soll das Pensionseintrittsalter auf 62 Jahre im mittleren und gehobenen bzw. 64 Jahre im höheren Dienst angehoben werden. Die Wiedereinführung der 40-Stunden-Woche wurde mit dem Gesetz verknüpft, anstatt durch Kabinettsbeschluss die Verordnung sofort zu ändern, so wie es mal angekündigt war. Der Ausgleich für besondere Altersgrenzen soll nur noch bis 2016 gezahlt und ab 2012 pro Jahr von derzeit 4091 Euro jährlich um 800 Euro abgeschmolzen werden. Dies würde uns Polizisten ebenso betreffen wie Feuerwehr und Justizvollzug. Diejenigen, die für den Freistaat und seine Bürgerinnen und Bürger einen besonders harten Dienst leisten und sich tagtäglich einer hohen Gefährdung aussetzen, werden zusätzlich bestraft. Die GdP und der Hauptpersonalrat lehnen diese Schritte konsequent ab und fordern, dass das Gesetz dahingehend geändert wird, dass unsere Beamten/-innen auch weiterhin mit Vollendung des 60. Lebensjahres abschlagsfrei in den Ruhestand treten können. Nach jetziger Lage müssten sie, wenn sie mit 60 gehen wollen, bis zu 14,4% Versorgungsabschlag in Kauf nehmen. Das wäre fast der Hartz-IV-Satz und ist somit nicht hinnehmbar. Diese Argumente wurden in mehreren Gesprächen mit Abgeordneten des Thüringer Landtags deutlich artikuliert und darauf verwiesen, dass die berufliche Belastung außerordentlich hoch ist und zu vielen ernsthaften gesundheitlichen Problemen führt. Die Belastungen werden durch verstärkten Personalabbau und damit weitere Arbeitsverdichtung noch höher, so dass auch die gesundheitlichen Probleme bei jüngeren Kollegen/-innen zunehmen werden. Ein ordentlich und mit Verantwortungsbewusstsein formuliertes Gesetz würde diesen Belangen Rechnung tragen. Dessen sollten sich unsere Politiker bewusst sein. Deshalb fordern wir von ihnen, den Gesetzentwurf rasch ändern, denn Sicherheit gibt es nicht zum Nulltarif und Motivation auch nicht!

Hans-Jürgen Stahn

### ... in Sachsen

**Besoldung:** Mit dem Ziel der zeit- und inhaltsgleichen Übertragung der Tarifeinigung für die Beschäftigten der Länder vom 10. März 2011 auf die Beamten, Richter und Versorgungsempfänger der Dienstherren im Freistaat Sachsen wurde durch die Sächsische Staatsregierung ein Gesetzentwurf zur siebenten Änderung des Sächsischen Besoldungsgesetzes noch im März 2011 eingebracht. Dies betrifft die mit den Bezügen für den Monat Juni zu gewährenden Einmalzahlung in Höhe von 360,00 € (Versorgungsempfänger entsprechend anteilig, Anwärter 120,00 €), die lineare Erhöhung um 1,5% (dann rückwirkend) zum April 2011 und die lineare Erhöhung von 1,9% ab Januar 2012 zuzüglich des darauf gesetzten einheitlichen Sockelbetrages in Höhe von 17,00 € (Anwärter 6,00 €). Derzeit befindet sich das Gesetz im parlamentarischen Verfahren. Zum Redaktionsschluss war eine Befassung des Landtages und Beschluss im Plenum noch nicht terminiert. **Beamtenrecht:** Unter Nutzung der Vokabel, dass für „eine nachhaltige, generationengerechte Gestaltung der Beamtenversorgung“ sei eine Anhebung der Altersgrenze für den Ruhestandseintritt für Beamte und Richter notwendig sei, legte die Staatsregierung Anfang Mai einen Gesetzentwurf vor, der ab 2012 die schrittweise Anhebung entsprechend des Rentenversicherungsaltersanpassungsgesetzes wirkungsgleich vorsieht. Die bisherige Privilegierung des Polizeivollzugsdienstes wird dabei aufgegeben. Auch hier gibt es eine, wenn auch verminderte Anhebungsabsicht. Ziel ist die Anhebung hier auf 64 Jahre für den höheren PVD bzw. 62 Jahre für den mittleren und gehobenen PVD. Berufliche Belastungen, die zum ausnahmsweisen Beibehalt der 60-Jahres-Grenze führen, sollen nur bei 20-jähriger Tätigkeit im SEK, MEK, fliegerischem Personal oder als Taucher anerkannt werden. Eine besondere Belastung im Wechselschichtdienst ist die Staatsregierung offenkundig und unfassbarerweise nicht in der Lage zu erkennen. Neben der gesetzlichen Anhebung sind auch die max. 3-jährige freiwillige Verlängerung über die Regelaltersgrenze hinaus bzw. das versorgungsmindernde freiwillige zeitigere Ausscheiden vorgesehen.

Peer Oehler

### ... in Sachsen-Anhalt

Seit dem 1. April 2011 ist das Gesetz zur Neuregelung des Besoldungsrechts des Landes Sachsen-Anhalt in Kraft (BesNeuRG LSA). Es führt das bisherige Bundes- und Landesbesoldungsrecht zusammen. Die wichtigsten Neuerungen sind: Die bisherigen zwölf Dienstaltersstufen werden künftig durch acht Erfahrungsstufen mit für alle Besoldungsgruppen einheitlichen Stufenlaufzeiten ersetzt. Dazu gibt es entsprechende Umrechnungsregeln mit Zwischenstufen. So ist z. B. die Dienstaltersstufe 9 die Erfahrungsstufe 5a. Alle Kolleginnen und Kollegen erhalten nun denselben Familienzuschlag. Es wird nicht mehr zwischen A 4 bis A 8 und den anderen Besoldungsgruppen unterschieden. Rückwirkend zum 3. Dezember 2003 erfolgt die Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft mit der Ehe im Besoldungs- als auch im Versorgungsrecht. Beihilfe in Krankheits-, Pflege- und Geburtsfällen wird im § 3 BesVersEG neu geregelt. Auch wurde eine Rentenlücke durch die vorübergehende Erhöhung des Ruhegehaltssatzes geschlossen. Es gab aber noch Tarifverhandlungen. Da trifft es sich gut, dass das Tarifergebnis für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder eins zu eins für die Landesbeamten in Sachsen-Anhalt übernommen wurde. Das gab der Finanzminister Jens Bullerjahn kurz vor den Landtagswahlen bekannt. Ab dem 1. April 2011 gibt es nun 1,5% mehr Gehalt und für die Monate Januar bis März eine Einmalzahlung von 360 €. Dies konnte aber bis zum Mai 2011 noch nicht umgesetzt werden. Vom 1. Januar 2012 gibt es nochmals 1,9% mehr Gehalt und eine anschließende Erhöhung um 17 €. Wann es das Geld gibt, hat die GdP erfahren. Der Entwurf des Gesetzes ist fertig und wird in der 18. KW dem Kabinett zur Anhörung übergeben. Nach Freigabe und Beteiligung der Gewerkschaften erfolgt die erneute Vorlage auch für den Haushalts-/Finanzausschuss des Landtages. Gibt es hier grünes Licht, kann die Erhöhung im Vorgriff auf die Abstimmung im Landtag erfolgen.

Jens Isensee

